

Warten auf den Bürger

Die Kritik am Parteienstaat ist noch gewachsen, aber auf eine selbstbewusste Bürgersgesellschaft wartet man noch immer

Dass Richard von Weizsäcker 1992 im Gespräch mit der ZEIT seine harsche Kritik an den deutschen Parteien übte, hatte wohl zwei Motive: die indirekte, eher rückwirkende Auseinandersetzung mit Helmut Kohl – dem von ihm ungeliebten „Kanzler der Einheit“ – aus der sakrosankten Position des allseits beliebten Bundespräsidenten heraus, und die Sorge, dass die Parteipolitik, wie wir sie kannten, bei den Bürgerinnen und Bürgern weiter an Ansehen verlieren würde, wenn sie neben dem (von Weizsäcker freilich gering geschätzten) Ziel der Machteroberung und Macht-erhaltung nicht mehr in der Lage wäre, langfristige Probleme zu lösen. Altaristokratische Parteienkritik, die sich am „Gemeinwohl“ ausrichtet und leicht eine anti-pluralistische Tendenz annimmt, mischte sich mit der Wahrnehmung einer tektonischen Verschiebung im Gefüge der repräsentativen Demokratie, die man heute ohne große Übertreibung als Repräsentationskrise identifizieren kann.

Auch wenn „Politikverdrossenheit“ in vielerlei Hinsicht ein demoskopisches Konstrukt ist, das über seine prominente Stellung in der Medienberichterstattung und -unterhaltung zur selbsterfüllenden Prophezeiung wurde, gibt es einen Entzug politischer Unterstützung. Dabei schwinden Loyalität, Anerkennung, Gehorsam sowie Zustimmung der Bürger für das Gemeinwesen und die politische Institutionenordnung insgesamt sowie speziell für das Personal der Regierung, des Parlaments, der Parteien. Ein politisches System gilt als umso instabiler, je mehr ihm und seinen Repräsentanten die Unterstützung entzogen wird.

Das Echo auf die Parteischelte war 1992 überwiegend zustimmend – der Kohlsche Parteienstaat hatte sie wohl verdient. Es sei aber erlaubt, meine abweichende Meinung zu zitieren, die nicht die herrschenden Zustände affirmaerte, aber den Ball an die damals wie heute besser beleumundete Bürgersgesellschaft zurückspielte:

„Die Krisenerscheinungen der westlichen Demokratien werden nicht überwiegend von ‚der Politik‘ oder ‚den Parteien‘ verursacht, sondern vor allem vom Erlahmen des Bürgersinns und von der rasanten Verknappung der Zivilcourage. Politiker, die angeblich zu wenig tun und zu viel verdienen, die ab-

gehoben agieren und gleichzeitig doch viel zu gewöhnlich sind, kommen da als Sündenböcke gerade recht. Dieses Manöver ist, um es deutlich zu sagen: ein Ausbund an Selbstgerechtigkeit. Die Mentalität der allseitigen ‚Selbstbedienung‘, des ungenierten ‚Beutemachens‘, des bedenkenlosen ‚Durchstechens‘ ist dem Volk, das sich an den Parteipolitikern abarbeitet und selbst gnädig freispricht, so fremd nicht. Politik ist zwar oft wirklich so schlimm, wie Lieschen Müller es immer befürchtet hat — aber Lieschen Müller ist keinen Deut besser. Die Kritik an denen da oben, vor allem, wo sie Einkünfte betrifft, ist pharisäerhaft bei einem Volk, das ebenso dreist fünfe gerade sein lässt. In der Abrechnung des politischen Bankrotts bleibt der Bürger das sakrosankte Wesen, unverdient geschont.“ (DIE ZEIT, 16.10.1992 Nr. 43, auch Leggewie 1992)

Der zweite Aspekt meiner Anti-Kritik war staatstheoretischer Natur: der Bundespräsident adressierte einen starken Souverän als Steuerungszentrum, den es so schon 1992 nicht mehr gab und heute noch weniger gibt. Selbst wenn sich Regierung wie Opposition mustergültig am Gemeinwohl ausrichten würden, hätten weltwirtschaftliche Trends und transnationale Probleme staatlicher Intervention enge Grenzen gesetzt, seither genauer identifiziert als Folgen der finanzkapitalistischen Globalisierung und Beschränkung der Handlungsmöglichkeiten durch planetarische Grenzen (exemplarisch der Klimawandel und das Artensterben). Auch diese Lücke ist durch das „bottom up“ einer Graswurzeldemokratie nicht kompensiert worden, selbst wenn sich gerade das deutsche Parteiensystem als bemerkenswert offen und responsiv erwiesen hat, um Strömungen der Gesellschaft, die um Ökologie und Internet kreisen, in parteipolitische Kanäle zu lenken – der außerordentliche Erfolg der Grünen wie der kometenhafte Aufstieg Piraten mögen das belegen (Leggewie 2012).

Der komparative Vorteil (etwa gegenüber Frankreich und Großbritannien, wo Innovationen in der Gesellschaft schwer ins Präsidial- bzw. Zweiparteiensystem vordringen) hat in Deutschland immerhin eine in mehreren Etappen abgelaufene Energiewende erlaubt, die nun allerdings, außer an Regierungskunst und Parteienkonsens, genau an dem hapert, was schon seinerzeit vermisst wurde – an einer bürgergesellschaftlichen Grundierung „bottom up“. Wie empirische Studien (etwa Alemann/Klewes/Rauh 2011) zeigen, wird heute generell immer stärker an Bürgerbeteiligung appelliert und auf sie geschoben, was Exekutive und Legislative zu übernehmen hätten. Der öffentlichen Erörterung wird mehr Raum gegeben, aber die Resonanz in der Bürgerschaft bleibt zumeist schwach, sobald es um mehr geht als

die kurzfristige Aufwallung von Wut und das Abreagieren anti-politischer Ressentiments (Leggewie 2011).

Bei den Infrastrukturprojekten der Energiewende geht es längst nicht nur um die Beschaffung von Akzeptanz für Maßnahmen, die aus Ingenieurssicht machbar und erforderlich scheinen, sondern um eine echte *levée en masse*, also um nicht weniger als eine konstruktive Mobilisierung für die experimentelle Wegbereitung nachhaltiger Lebensstile. Hier liegt auch die offene Flanke der „Postdemokratie“-Debatte (Crouch 2008): Crouch plädiert für das „Eingreifen einer vierten Kraft, nämlich einer engagierten, kampflustigen, vielstimmigen Zivilgesellschaft, die die Nutznießer des neoliberalen Arrangements mit ihren Forderungen unter Druck setzt und ihre Verfehlungen anprangert“ (2011: 14). Ob es sie gibt, wie sie aussieht und agiert, ist aber weitgehend unbekannt. Die empirische Politikforschung muss auf diesem Gebiet praxisnäher, experimenteller und „aktionistischer“ werden, also entschlossener ins Feld gehen und dort eruieren, wo sich Keime von Engagement, Kampfeslust und Widerständigkeit jenseits der bloßen populistischen Unmutsbekundung und gelegentlicher Wutausbrüche gebildet haben, die auch praktische Lösungen für reale Probleme bieten.

In den letzten zwei Jahrzehnten hat sich die Bürgergesellschaft erheblich entwickelt und ausdifferenziert. Dazu nur drei Beispiele gesellschaftlicher Selbsttätigkeit: Konsumenten, die Helmut Schelsky in den 1950er Jahren als „schlafenden Riesen“ der Politik identifiziert (und abgetan) hat, senden heute Signale an den Markt und die Produzenten von Gütern und Dienstleistungen, die nicht nur deren Preis und Prestige betreffen, sondern eine gewisse Moralisierung indizieren (Heidbrink/Schmitt/Ahaus 2011). Dazu gehört die Verwandlung von Verbrauchern in „Prosumer“, die etwa via Energieeinspeisung selbst zu Herstellern von Gütern wie Strom werden und damit nicht nur andere Konsum-Prioritäten demonstrieren, sondern eine andere Form des Konsums praktizieren. Wo sich dies zu einer Genossenschaftsbewegung neuen Typs formt, hat man es mit Change Agents oder Pionieren des Wandels zu tun, die den Transitionsprozess von unten anstoßen und weiterführen (WBGU 2011). Ein anderes Beispiel für die Aktivierung der Bürgergesellschaft ist die Politisierung von Ehrenamt und Stiftungswesen, die nicht nur philanthropischen Sachaufgaben nachgehen, sondern die politischen Rahmenbedingungen auf lokaler und überregionaler Ebene mit thematisieren und verändern.

Die weiterhin spannende Frage ist, welche Rolle politische Parteien in solchen Arenen von Mobilisierung und Partizipation spielen. Eine reine „Graswurzeldemokratie“ libertären Typs ist unrealistisch, es braucht die Verbindung sozialer Innovationskerne mit professionellem Regierungshandeln und intermediären Instanzen wie Parteien, NROs und Verbänden, die durch gewachsenes zivilgesellschaftliches

Engagement und Selbstbewusstsein anders gelagert sein wird als vor zwei Jahrzehnten. Das klassische pluralistische Aggregationsmuster beruhte auf zahlender Mitgliedschaft und privater und/oder staatlicher Parteienfinanzierung; es ist fraglich, ob es vor allem den Volksparteien gelingen wird, den verstreuten Keimen und Kernen bürgergesellschaftlichen Engagements auch ohne feste Mitgliedschaften den notwendigen Entfaltungsräum zu bieten.

Eine Volkspartei neuen Typs muss also zunächst einmal das, wie es einmal arrogant hieß, „vorpolitische“ Terrain sondieren und ihrerseits aktive Feldforschung betreiben. Dort findet man reale wie virtuelle Kommunikationsgemeinschaften, die in einem wenigstens indirekten Sinne politisch aktiv sind: Arbeitsteams und Berufsvereinigungen, Sportvereine und Ehrenamtliche, Schulklassen und Lehrerkollegien, findige Selbständige und rührige Ruheständler und nicht zuletzt die Web-Gemeinschaften der Social Media. Vermeintlich unpolitische Akteure des Wandels wirken im Kleinen und bringen Reformen voran.

Nachhaltigkeitspolitik, die um mehr als mediale Präsenz und demoskopische Zustimmung bemüht ist, muss diese Changemaker ausfindig machen, ihnen auf Augenhöhe begegnen und sie als respektierte Netzwerkpartner gewinnen. Und es ist keineswegs abwegig, ihnen dann wieder die Mitgliedschaft in einer Partei anzubieten, wo man heute sehr viel rascher in Entscheidungspositionen gelangen kann als früher, als man von Altgedienten auf die Ochsentour und zum Plakatekleben geschickt wurde. Das nur scheinbar paradoxe Ergebnis der außerparlamentarischen Protestwelle, die 2011 von der europäischen Peripherie ins Zentrum rollte, lautet heute wie damals: Bürgerinnen und Bürger, treten massenhaft den Parteien bei!

Literatur

- Alemany, Ulrich von/Klewes, Joachim/Rauh, Christina, 2011: Die Bürger sollen es richten, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 44-45/2011, 25-32.
- Crouch, Colin, 2008: Postdemokratie, Frankfurt a. M.
- Crouch, Colin, 2011: Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus, Berlin.
- Heidbrink, Ludger/Schmitt, Imke/Ahaus, Björn, 2011: Die Verantwortung des Konsumen. Über das Verhältnis von Markt, Moral und Konsum, Frankfurt a. M.
- Hofmann, Gunter/Perger, Werner A. (Hrsg.), 1992: Die Kontroverse. Weizsäckers Parteienkritik in der Diskussion, Frankfurt a. M.
- Hofmann, Gunter/Perger, Werner A., 1992: Richard von Weizsäcker im Gespräch, Frankfurt a. M.

Leggewie, Claus, 1992: Im Zweifel für den Angeklagten. Fünf Thesen zur politischen Klasse, in: Gunter Hofmann/Werner A. Perger (Hrsg.), *Die Kontroverse. Weizsäckers Parteienkritik in der Diskussion*, Frankfurt a. M., 82-91.

Leggewie, Claus, 2011: Mut statt Wut. Aufbruch in eine neue Demokratie, Hamburg.

Leggewie, Claus, 2012: Den Laptop auch mal zuklappen. Zur Kritik der Distributionsmittel einer politischen Bewegung – eine skeptische Nachbetrachtung, in: Christoph Bieber/Claus Leggewie (Hrsg.), *Unter Piraten. Erkundungen in einer neuen politischen Arena*, Bielefeld, 233-240.

Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) (Hrsg.), 2011: Welt im Wandel: Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation, Berlin.

Korrespondenzanschrift:

Prof. Dr. Claus Leggewie
Kulturwissenschaftliches Institut Essen (KWI)
Goethestraße 31
45128 Essen
E-Mail: claus.leggewie@kwi-nrw.de